

DIE LINKE.

Fraktion im Kreistag
Trier- Saarburg
c/o Dr. Kathrin Meß
c/o Christine Schmitt
Staden 92
54439 Saarburg



An den Landrat des Kreises
Trier-Saarburg
Herrn Günther Schartz
Willy- Brandt- Platz 1
54295 Trier

2. März 2020

Antrag: Solidaritätsbekundung mit den Flüchtlingen an der türkisch-griechischen Grenze und Aufnahme von Flüchtlingen im Kreis Trier-Saarburg

Sehr geehrter Herr Schartz,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Kreistag Trier-Saarburg möge beschließen:

1.

Der Kreistag Trier-Saarburg möchte ein öffentliches humanitäres Bekenntnis leisten, indem er sich bereit erklärt, einen Teil der (u.a. minderjährigen) Flüchtlinge (in Absprache mit dem BAMF) aufzunehmen, die an der türkisch-griechischen Grenze unter unmenschlichen Bedingungen, ohne Krankenversorgung leben und sogar sterben müssen. Der Kreis Trier-Saarburg verfügt über räumliche Kapazitäten u.a. in Hermeskeil, die seit mehreren Monaten leer stehen und dafür zur Verfügung gestellt werden können.

2.

Der Landrat wird aufgefordert, dies in einem offenen Brief an die Bundesregierung zum Ausdruck zu bringen und den Brief sowohl medial als auch auf der Homepage des Kreises zu veröffentlichen.

Begründung:

Die Rettung von Menschen, die aus Kriegsgebieten flüchten, stellt unabhängig von den Ursachen der Notlage eine rechtliche und moralische Verpflichtung dar. Die europäische Union kommt dieser rechtlichen und moralischen Verpflichtung bisher nicht im erforderlichen Umfang nach. Zahlreiche Menschen werden aktuell an der Einreise auf europäisches Gebiet gehindert. Sie werden mit Tränengas und Blendgranaten angegriffen. Auch schwangere Frauen und Kinder befinden sich unter den Flüchtlingen. Die Bedingungen in den Lagern an der griechischen Grenze sind verheerend. Kinder sind bereits an der Grenze erfroren.

Dieser Umstand ist nicht vereinbar mit unserem Verständnis, einer unbedingten Verantwortung, die das Leben und die körperliche Unversehrtheit von Menschen zu schützen hat.

Die Genfer Flüchtlingskonvention hat in ihrem Abkommen vom 28.07.1951 festgelegt:

Flüchtlinge sind Menschen, die in ihrem Herkunftsstaat verfolgt wurden oder Verfolgung befürchten müssen. Da diese Flüchtlinge sich nicht mehr unter den Schutz ihres Heimatstaates stellen können, sind sie in besonderem Maße von der Solidarität der internationalen Gemeinschaft abhängig.

Gefragt ist hier die Solidarität aller Staaten, die sich in der europäischen Union auch zu einer Wertegemeinschaft zusammengeschlossen haben. Als Teil derselben sieht sich der Kreis Trier-Saarburg und ist bereit, vor diesem Hintergrund Verantwortung zu übernehmen und sich solidarisch mit den Flüchtlingen vor der griechischen Grenze zu zeigen. Dies soll auch als ein Signal für Humanität und (christliche) Nächstenliebe an die Kommunen und deutschen Bundesländer verstanden werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Kathrin Meß (Fraktionsvorsitzende)
Christine Schmitt